

Die AfD in Köln

Eine Partei am rechten Rand



Impressum

Herausgeber

Jugendclub Courage Köln e.V.

Nachdruck nur mit ausdrücklicher
Genehmigung des Herausgebers
und der Fotograf*innen.

Kontakt- und Bestelladresse

Jugendclub Courage Köln e.V.
Sechzigstr. 73
50733 Köln
Tel.: 0221 520936

info@jc-courage.de
www.jc-courage.de

Der Jugendclub Courage finanziert sich überwiegend durch Spenden seiner Unterstützer*innen. Spenden an den Jugendclub Courage fließen direkt in die Projektarbeit unseres Vereins und sind steuerlich absetzbar. Sehr wichtig sind für uns regelmäßige (auch kleinere) Beträge mit denen wir planen und unsere Projekt kalkulieren können. Spendenquittungen werden am Anfang des Jahres automatisch zugeschickt. Vielen Dank!

Jugendclub Courage Köln e.V.
IBAN: DE09 3701 0050 0295 4475 04
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)

Vorwort

Eine „Partei neuen Typs“ will sie sein, rechts der CDU stehend. Sie gibt sich bürgerlich, nennt sich selbst konservativ; tatsächlich avanciert die *Alternative für Deutschland* (AfD) jedoch gerade zum neuen parteipolitischen Brücken- und Sammlungsprojekt der gesamten Rechten in Deutschland. Bereits seit ihrer Gründung vereinte sie eine politische Spannbreite, die von ehemaligen CDU/CSU- und FDP-Mitgliedern zu Akteur*innen extrem rechter Parteien reicht. So erfreut sie sich der Unterstützung des europaskeptischen Nationalkonservatismus, des völkischen Nationalismus und Teilen der *Neuen Rechten*. Es ist auch diese strategische und programmatische Uneindeutigkeit, die ihren derzeitigen Erfolg begründet. Wie ein Chamäleon präsentiert sie sich in wechselnden Farbtönen des rechten Politspektrums. Gestartet als nationalliberales Elitenprojekt mit Anti-Euro-Fokus, ist sie inzwischen zum parteipolitischen Flaggschiff der rassistischen Bewegungen in Deutschland geworden. Inzwischen gilt es als wahrscheinlich, dass die AfD sowohl bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im Mai 2017 als auch bei der Bundestagswahl im September 2017 ihren derzeitigen Höhenflug fortsetzen kann und in die jeweiligen Parlamente einziehen wird. Grund genug, die Partei und ihre Akteur*innen in Köln einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

Gründung und Entwicklung einer extrem rechten Bewegungspartei

Die eigentliche Geschichte der Partei beginnt bereits vor ihrer Gründung. Den Grundstein für einen parteipolitisch organisierten Rechtspopulismus legte der ehemalige SPD-Politiker und Bundesbankvorstand Thilo Sarrazin mit seinem 2010 erschienenen Erfolgsbuch „Deutschland schafft sich ab“, das monatelang auf Platz eins der Bestsellerlisten stand. Hierin skizzierte Sarrazin ein Bedrohungsszenario des Untergangs Deutschlands durch eine wachsende Unterschicht, Geburtenrückgang und eine Zuwanderung aus vorrangig muslimischen Ländern - eben jene elitäre und rassistische Themenverschränkung, auf die sich später die *Alternative für Deutschland* erfolgreich berufen wird. Gegründet wurde die Partei schließlich im Februar 2013. Als zugkräftiges Mobilisierungsthema ihrer Anfangsphase erwies sich zunächst die Ablehnung der europäischen Rettungspolitik. Hierdurch konnte sie sich propagandistisch als einzige Anti-Euro-Alternative zu den Parteien des Bundestags inszenieren. Mit diesem monothematischen Konzept scheiterte sie im Herbst 2013 zwar knapp am Einzug in den Bundestag, die 4,7 % der Wähler*innenstimmen, die die AfD aus dem Stegreif erhielt, waren dennoch bereits ein



Warnsignal. Immerhin war die Partei erst wenige Monate zuvor gegründet worden. Schon bei der Europawahl wenige Monate später konnte sie ein Ergebnis von 7,1 % einfahren und schickte fortan sieben Vertreter*innen ins Europäische Parlament nach Brüssel.

Während die Fokussierung auf die Europolitik die erste Phase bestimmte, war es die rassistische Mobilmachung von *Pegida* seit dem Herbst 2014, die die zweite Welle des Aufstiegs der Partei begleitete. Beflügelt von den Wahlerfolgen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen gewann der völkisch-nationalistische Teil zunehmend an Einfluss innerhalb des Parteiapparats und forcierte einen politisch-strategischen Richtungsstreit. Die „Erfurter Resolution“ - initiiert vom völkisch-nationalis-

tischen *Flügel*¹ um Björn Höcke und André Poggenburg aus Sachsen-Anhalt - bezog sich gar positiv auf die rassistischen Proteste auf der Straße. Die Unterzeichnenden der Resolution machten klar, dass sie die AfD als „Bewegung unseres Volkes gegen die Gesellschaftsexperimente der letzten Jahrzehnte (Gender Mainstreaming, Multikulturalismus, Erziehungsbeliebigkeit)“ sowie als „Widerstandsbewegung gegen die Aushöhlung [...] der Identität Deutschlands“ sehen. Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende, Marcus Pretzell, blies in dasselbe Horn und sprach von dem Ziel, die AfD als „Pegida-Partei“ aufzustellen.

Strategie der Tabubrüche

Die parteiinternen Richtungskämpfe gipfelten bald im offenen Bruch mit dem wirtschaftsliberalen Flügel um den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke. Auf dem Essener Parteitag 2015 setzte sich gegen ihn eine breite Front aus nationalistischen und reaktionären Parteiströmungen durch, die Frauke Petry zur neuen Vorsitzenden kürte. Die Partei

ist seitdem deutlich nach rechts gerückt. Ihr Kurs tendiert nun klar zum Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischer Prägung. Spätestens seit diesem Zeitpunkt ist die AfD der parteipolitische Anker für nationalistische und rassistische Protestbewegungen geworden. Durch die Strategie der (verbalen) Tabubrüche versucht die Parteiführung den gesellschaftlichen Diskurs in Deutschland zunehmend nach rechts zu rücken. Die oftmals bewusst zweideutig gehaltenen Äußerungen führender Funktionär*innen dienen auch dem Zweck, Personen des extrem rechten Lagers anzusprechen und in das spektrenübergreifende Parteiprojekt zu integrieren. Die erhebliche mediale Präsenz der AfD und der allmorgentlichen Pegida-Demonstrationen wirken dabei als „rechte Pressure-group“ auf Politik und gesellschaftliche Debatten. Während einige Beobachter*innen nach dem Bruch mit dem wirtschaftsliberalen Lucke-Flügel der Partei ein baldiges Ende voraussagten, wirkte vor allem die rassistische Instrumentalisierung der Ereignisse rund um die Kölner Silvesternacht 2015 als weiterer Katalysator für den Aufstieg der Partei. So erreichte sie bei allen fünf Landtagswahlen des Jahres 2016 zweistellige Ergebnisse. In Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wurde sie sogar zweitstärkste Kraft; derzeit scheint sich die Partei bundesweit als drittstärkste Partei zu verfestigen – auch in Nordrhein-Westfalen kann sie auf ein zweistelliges Ergebnis hoffen.

1 Der Flügel ist ein innerparteiliches Netzwerk, das 2015 vom thüringischen AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke ins Leben gerufen wurde. Dort sammeln sich Mitglieder und Funktionäre, die der neurechten und völkisch-nationalistischen Strömung der Partei zuzuordnen sind.

Streit und Spaltung in NRW

Geschlossen geht der nordrhein-westfälische Landesverband dabei allerdings nicht in den Wahlkampf. Die innerparteilichen Flügel- und Richtungskämpfe sowie das machtpolitische Postengerangel sorgten schon bei der Aufstellung der Wahlliste für ein ungeheures Chaos. Nur denkbar knapp konnte sich der AfD-Landesvorsitzende Marcus Pretzell als Spitzenkandidat gegen Thomas Röckelmann durchsetzen, einem nahezu unbekanntem, von der *Patriotischen Plattform*² unterstützten Kandidaten. Dabei steht Pretzell selbst weit rechts. Als Abgeordneter im Europaparlament ist er Teil der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* (ENF) und kooperiert dort mit dem *Front National*, der FPÖ und anderen Parteien der europäischen extremen Rechten.



Sven Tritschler (*1982) war FDP-Mitglied und dort Bundesvorsitzender des nationalliberalen Stresemann-Clubs, bevor er NRW-Landesvorsitzender und Bundesvorsitzender der *Jungen Alternative* wurde. Er gilt als Vertreter des rechtslibertären Flügels der Partei, war Mitarbeiter von Marcus Pretzell im Europaparlament und ist derzeit Referent der EFN-Fraktion im Europaparlament. Dort arbeitet er intensiv an der Vernetzung der europäischen extremen Rechten. Regelmäßig postet er auf seinem Twitter-Account Fotos, die ihn mit Vertretern und Funktionären extrem rechter Parteien zeigen. Angela Merkel bezeichnete er als „bürgerlich geschminkte Prostituierte“ und den Islam nannte er eine „Steinzeitreligion, die millionenfach Elend und Tod über die Welt bringt.“

Das Bekanntwerden von geheimen Absprachen im Vorfeld der Listenaufstellung in Nordrhein-Westfalen und der Vorwurf von Wahlmanipulation wirkten dabei wie Öl ins Feuer und heizten die Auseinandersetzungen im Landesverband noch zusätzlich an. In einer Kampfabstimmung sprach sich die Mehrheit der Delegierten wiederum gegen die Annahme der Kandidat*innenliste aus. Nur durch einen strategischen Kniff gelang es Pretzell sich zu retten und seine Liste durchzudrücken.

Positionen der AfD

Aus Sorge vor einer rufschädigenden Demaskierung bemüht sich die Parteispitze in Nordrhein-Westfalen darum, mit einem - nach AfD-Maßstäben - fast schon gemäßigt klingenden Programm und einer möglichst unangreifbaren Liste ohne zweifelhaftes

Personal in den anstehenden Wahlkampf zu ziehen. Beharrlich versucht sie ihre Verbindungen ins extrem rechte Lager zu kaschieren. Und doch finden sich auf der Landesliste

2 Die Patriotische Plattform ist eine rechtskonservative und nationalistische Gruppierung innerhalb der AfD, die enge Verbindungen zum Netzwerk Der Flügel um Björn Höcke pflegt und für eine Zusammenarbeit der Partei mit der rechtsextremen Identitären Bewegung eintritt.

einige ehemalige Funktionäre und Mitglieder rechtsextremer Parteien: Auf den vorderen Plätzen kandidieren beispielsweise zwei ehemalige Mitglieder der *Schill-Partei*; unter ihnen gar ihr ehemaliger Bundesvorsitzender, Markus Wagner. Um die AfD richtig charakterisieren zu können, muss der Blick auch auf konkrete Äußerungen und Kommentare einzelner Funktionär*innen und Mitglieder in den sozialen Netzwerken (Facebook & Twitter) gerichtet werden. Hier zeigt sich das wahre Gesicht der Partei. Eine Partei mit völkisch-nationalistischer und rassistischer Prägung, die ein rückwärtsgewandtes, reaktionäres Gesellschafts- und Menschenbild vertritt.

Das schwierige Verhältnis der AfD zur Demokratie

Die AfD inszeniert sich gerne als demokratische Partei. Ihre Forderung nach direkter Demokratie folgt jedoch einer verschwörungs-ideologischen Sichtweise, wonach „eine kleine machtvolle politische Führungsgruppe“ die Herrschaft gegen einen vermeintlich geeinten deutschen „Volkswillen“ ausübt. Die Mehrheit der Deutschen werde ihrer Ansicht nach von den Eliten politisch unterdrückt und könne deshalb ihre Wünsche nicht verwirklichen. Die liberal-pluralistischen Grundsätze der Demokratie werden von der AfD faktisch infrage gestellt, die verankerte Unabhängigkeit der Justiz und der Medien ist für sie nachrangig. Gesellschaftliche Widersprüche und

Meinungsvielfalt sollen durch einen geeinten Volkswillen zum Schweigen gebracht werden. Politisch Andersdenkende werden wahlweise als „rotgrün versiff“, „Antifanten“ oder „Rote SA“ beschimpft. Unliebsame Presseberichterstattung wird als „Lügenpresse“ diffamiert. So drohte Christer Cremer, AfD-Bezirksvorsitzender in Köln-Lindenthal, man werde den „Westdeutschen Rotfunk“ (gemeint: WDR) an die „kurze Leine nehmen“, sobald die AfD in den Landtag eingezogen ist.

Die AfD ist rassistisch und nationalistisch

Wie in keinem anderen Themenfeld waren es ihr Nationalismus und ihre rassistischen Positionen in der Migrationspolitik, die der AfD ihre bisherigen Erfolge beschert hat. Ihre „Asyl-“ und „Islamkritik“ war dabei das zugkräftigste Mobilisierungsthema in den vergangenen Wahlkämpfen und darüber hinaus das parteiinterne Konsensthema, hinter dem sich die verschiedenen Strömungen einigen konnten. In ihren Grundsätzen unterscheidet sich die Partei dabei kaum von denen anderer rechter und rechtsextremer Parteien: Die Grundlage bildet die Idee der Nation und des Volkes als biologischer und homogener „Abstammungsgemeinschaft“. Diese sieht die AfD durch „Masseneinwanderung“ in ihrer Weiterexistenz bedroht. Dabei wird dieses Szenario stets

von rassistischen und völkischen Tönen begleitet. Nach Ansicht des AfD-Bezirksverbandes Detmold entstehe durch den „immense[n] Zustrom integrationsunwilliger Migranten“ aus einem „uns völlig fremden Kulturkreis“ eine „elementare Bedrohung unserer deutschen Nation“ – ein Narrativ, das im rechten Jargon gerne „Umvolkung“ genannt wird. Diesem sei nur durch eine aktivierende Familienpolitik und eine rigorose Abschottungspolitik zu begegnen. In einem Ratsantrag forderte so auch der Kölner AfD-Stadtrat Roger Beckamp „angesichts der fortgesetzten Unwilligkeit der Bundesregierung, den anhaltenden Zustrom einwandernder Menschen zu stoppen.“ Die Stadt Köln solle fortan eigenmächtig handeln und einen „sofortigen Aufnahmestopp“ verhängen. Ihre rassistischen Motive werden dabei mit kulturalistischen Argu-



Auf Listenplatz 2 der Wahlliste für die nordrhein-westfälische Landtagswahl kandidiert der 1975 geborene Rechtsanwalt und Immobilienökonom **Roger Beckamp** (*1975) aus Köln. Beckamp war Gründungsvorsitzender der AfD in Köln und ist seit 2013 AfD-Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Köln. Beruflich hat er sich auf Immobilien-, Miet- und Baurecht spezialisiert und betreibt eine Anwaltskanzlei am Hohenzollernring. Bis vor Kurzem war er Hauptgesellschafter der *Hinrich Verwaltungsgesellschaft*, die sich auf die Vermietung und Verpachtung von eigenen Grundstücken, Gebäuden und Wohnungen spezialisiert hat. Nach Auskunft seiner Website arbeitete er auch als Lehrbeauftragter der *Hochschule Fresenius* in Köln und war von 2015 bis 2017 als Referent für Bau- und Architektenrecht beim *Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* in Bonn tätig. Er engagiert sich zudem als Rechnungsprüfer im Förder- und Inhaberverein des neurechten Kulturmagazins *TUMULT – Vierteljahreszeitung für Konsensstörung* aus Dresden, das geistig in der Tradition der Konservativen Revolution steht.

menten schlecht kaschiert. Dabei geht es meist um die Stellung des Islams. Die Botschaft im Grundsatzzprogramm der AfD ist deutlich: Der Islam gehöre nicht zu Deutschland – noch nicht mal zu Europa, weil „im Islam verwurzelte Vorstellungen wie z.B. der Dschihad, das Märtyrertum, das Verhalten gegenüber Ungläubigen und das Verhältnis von Mann und Frau, sich sehr von christlich europäischen Vorstellungen unterscheiden“, wie die AfD Euskirchen auf ihrer Website schreibt. Besonders menschenverachtend sind in diesem Kontext auch mehrere Fotocollagen, die der Bundesvorsitzende der AfD-Jugendorganisation *Junge Alternative*, Sven Tritschler aus Köln, in den Tagen nach dem Terroranschlag in Ansbach bei Twitter postete: Unter jeder Burka stecke eine islamistische Terroristin – so die Botschaft. Das Kleidungsstück diene dem Ziel, Bomben und Sprengstoff zu verstecken und zu transportieren.

Die AfD vertritt eine erzkonservative und antifeministische Familien- und Geschlechterpolitik

Die Familienpolitik der AfD ist vorrangig geprägt durch eine bevölkerungsbiologische Sichtweise. Im

Zentrum steht dabei der demographische Wandel, dem durch die Förderung kinderreicher deutscher Familien begegnet werden soll. Geschlechterpolitisch heftig angegriffen wird ein „ideologischer Genderismus“, der aus Sicht der AfD automatisch zur Benachteiligung von Männern und Jungen führe. Stattdessen fordert die AfD in NRW die „Abschaffung der Stellen für Gleichstellungsbeauftragte“ sowie die „Aufhebung aller gesetzlichen Quotenregelungen“ und will einen geschlechtergetrennten Unterricht an Schulen einführen. In diesem Themenfeld versucht sich immer wieder die stellvertretende Vorsitzende der AfD in Köln, Iris Dworeck-Danielowski, zu profilieren; sie ist, auf Platz 10, die erstplatzierte Frau überhaupt auf der Wahlliste der AfD in Nordrhein-Westfalen. Dabei vertritt die gelernte Heilpraktikerin und Versicherungsmitarbeiterin aus Köln-Ehrenfeld - genau wie die Gesamtpartei - ein deutlich rückwärtsgewandtes Familien- und Frauenbild. Sie wendet sich „gegen Quote und gegen Gendermainstreaming“ und bezeichnet es als „völligen Irrsinn“, Frauen für „Elektrotechnik



Bereits im Alter von 19 Jahren war **Roland Quinten** (*1979) Mitglied in der Jugendorganisation des rechtspopulistischen *Bundes freier Bürger* (BfB) und fungierte dort als stellvertretender Landesvorsitzender im Saarland. Die Partei gilt heute sowohl programmatisch als auch personell als Vorläuferpartei der AfD und wurde zeitweise vom Verfassungsschutz beobachtet. Nach einem Studium in Freiburg und Kiel zog Quinten nach Köln. Er gehörte bereits 2013 dem ersten Kreisvorstand an und initiierte die Gründung des Ortsverbands Rodenkirchen. Nach seiner Wahl zum Vorsitzenden im Oktober 2016 kündigte er die Entwicklung eines Strategiekonzepts für die anstehenden Landtags- und Bundestagswahlkämpfe an. Dabei solle die „Präsenz auf den Straßen“ eine zentrale Rolle spielen. Hoherfreut über die Wahl seines „konservativ-patriotischen Parteikollegen“ zeigte sich AfD-Rechtsaußen Thomas Matzke, Sprecher der *Patriotischen Plattform* in NRW.

und Informatik zu begeistern“. Verschwörungstheoretisch argumentiert sie, dies sei Strategie eines „ideologischen Verblendungsapparates“. Vielmehr sei es die natürliche Rolle der Frau in der Gesellschaft zuhause zu bleiben, Kinder zu gebären und diese zu erziehen. Das sei ihre wichtigste Aufgabe für „unser Land, für unsere Volkswirtschaft und auch für das Glück der Menschen“. So verwundert es auch nicht, dass sie das individuelle Recht der Frau auf Abtreibung beklagt.

Die marktradikale Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD

Die AfD inszeniert sich gerne als „Partei der kleinen Leute“. Tatsächlich vertritt sie jedoch eine Wirtschaftspolitik, die einseitig die Interessen der Arbeitgeber, Unternehmen und der Vermögenden bedient. Nach dem Prinzip des marktradikalen Neoliberalismus will sie staatliche Tätigkeiten auf ein Minimum reduzieren. Viele öffentliche Aufgaben sollen privatisiert und wichtige Regularien abgebaut werden. Statt auf sozialstaatliche Prinzipien

setzt sie auf die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz. Das bedeutet: Wer auf öffentliche Daseinsvorsorge und soziale Unterstützung angewiesen ist, hat das Nachsehen. Wer nicht auf eigene Kosten selbst vorsorgt, fällt ins Nichts. Statt der Einführung einer Vermögenssteuer will sie die Erbschafts- und Schenkungssteuer abschaffen. Auch die Gewerbesteuer soll drastisch gesenkt werden. Die Reichen wird es freuen, aber den öffentlichen Haushalten und Kommunen fehlt das Geld. Generell folgt die Wirtschafts- und Sozialpolitik der AfD dem Credo: Steuergeschenke für die Vermögenden und Kürzung der öffentlichen Ausgaben. Die Folgen sind absehbar: Entlassungen im öffentlichen Dienst, schlechtere öffentliche Leistungen und noch mehr soziale Kälte.

Eine wichtige Funktion in der Entwicklung und Propagierung dieser wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen nehmen parteinahe Think-Tanks ein. In Köln gab es anfangs enge Verbindungen zur marktradikalen Bewegung der *Sons of Libertas*, die allerdings seit einiger Zeit nicht mehr aktiv zu sein scheint. Stattdessen sammeln sich Mitglieder der AfD und der *Jungen Alternative* (JA) nun in der *Friedrich-von-Hayek-Gesellschaft*. Regelmäßig treffen sich die Anhänger dieses elitären Debattierclubs zu Abendvorträgen semi-prominenter Redner der marktradikalen Szene in Deutschland.

Der AfD-Kreisverband Köln

Die offizielle Gründungsversammlung des AfD-Kreisverbandes Köln fand im Mai 2013 in der alten Versteigerungshalle in Köln-Raderberg statt. Die etwa 60 Anwesenden wählten dort den 37-jährigen Rechtsanwalt Roger Beckamp zum ersten Vorsitzenden (genannt „Sprecher“). Seitdem wird der Kreisverband Köln überwiegend von demselben Führungszirkel geleitet, bestehend überwiegend aus Rechtsanwälten, Unternehmensberatern und Architekten. Im jährlichen Turnus wechselten sich dabei die drei AfD-Fraktionsmitglieder im Kölner Stadtrat als Kreisvorsitzende ab. Auf Beckamp folgte 2014 sein Fraktionskollege Jochen Haug. Dieser wiederum wurde ein Jahr später vom dritten AfD-Stadtrat im Bunde, Hendrik Rottmann aus Köln-Porz, abgelöst. In den kritischen Fokus der Öffentlichkeit geriet der Soldat, als seine gleichzeitige Tätigkeit für den Geheimdienst MAD bekannt wurde, dessen Aufgabe es u.a. ist, rechtsextreme Tendenzen innerhalb der Bundeswehr zu beobachten.

Schon bei der Bundestagswahl im Herbst 2013 machten 3,5 % der Wähler*innen in Köln ihr Kreuz bei der AfD. Dies war zwar weniger als im bundesweiten Gesamtergebnis (4,7 %), bedeutete aber immerhin den Zuspruch von 18000

Wähler*innen in Köln. Der tatsächliche Aufbau der Parteistrukturen begann erst im Anschluss daran. Dennoch gelang es der Kölner AfD bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 nicht, ihr Ergebnis zu steigern. Trotzdem reichte es für den Einzug in den Stadtrat mit drei Mandaten sowie in sieben von neun Bezirksvertretungen. Die Hälfte ihrer Stimmen bekam die Partei aus dem Lager der Nichtwähler*innen. Besonders stark schnitt sie in Gebieten ab mit „einem höheren Anteil älterer Bewohner und einem leicht höheren Durchschnittseinkommen.“ Ihr bestes Ergebnis holte sie in Porz, Vingst, Neubrück und Teilen von Chorweiler (Esch, Lindweiler, Blumenberg).

Austritte und Rechtsruck

Die Gräben innerhalb des NRW-Landesverbandes sowie der Streit um die politisch-strategische Ausrichtung der Partei ziehen sich auch durch den Kölner Kreisverband. Zahlreiche Mitglieder traten in Folge des offenen Rechtsrucks nach dem Essener Parteitag 2015 aus der Partei aus. Einige folgten Bernd Lucke in seine neue Partei, die sich heute *Liberal-Konservative Reformer* (LKR) nennt. Von ihren sieben Bezirksratsmandaten verlor sie fünf und ist aktuell nur noch in Kalk und in Porz mit je einer Person vertreten (Ludwig Eierhoff, Wilhelm Geraedts). Aufgrund des anhaltenden Antisemitismus in der

Partei kündigte zudem im Januar 2017 auch der Fraktionsgeschäftsführer und kulturpolitische Sprecher der AfD Köln seine Mitgliedschaft. Auf der einen Seite steht die AfD-Fraktion im Rat, die Frauke Petry und Marcus Pretzell nahesteht – auf der anderen Seite eine zunehmende Zahl an Mitgliedern, die mit den Positionen der *Patriotischen Plattform* und des völkischen *Flügels* liebäugeln. Dass die Unterstützung von Petry und Pretzell auch innerhalb des Kölner Kreisverbands der AfD zunehmend schwindet, davon zeugt auch die Wahl Roland Quintens zum neuen Vorsitzenden des Kreisverbands im Oktober 2016. Quinten zählt klar zur nationalkonservativen Strömung der Partei.

Inkompetenz und Provokationen im Stadtrat

Die Arbeit der AfD auf der kommunalpolitischen Ebene zeichnet sich vor allem durch Inkompetenz aus. Die organisatorischen Schwächen und personellen Verwerfungen spiegeln sich auch in den Aktivitäten der Partei im Stadtrat und den Bezirksvertretungen wieder. Hier scheint die AfD bislang kaum an konkreten sachpolitischen Fragen interessiert zu sein. Die ohnehin wenigen Anträge, Anfragen und Wortbeiträge, die von AfD-Mandatsträgern (ausschließlich Männer!) eingebracht werden, orientieren sich vielmehr an den Schlagworten und Versatzstücken des rechtspopulistischen Standardreper-

toires der Partei und sollen in erster Linie vorurteilsbeladene Botschaften transportieren. Hauptangriffspunkt ist dabei in vielen Fällen die Flüchtlingspolitik der Stadt Köln. In einem Antrag vom Januar 2016 forderte die AfD den Rat der Stadt Köln dazu auf, keine Geflüchteten mehr aufzunehmen, selbst wenn diese von der dafür zuständigen Behörde der Bezirksregierung Arnsberg zugewiesen werden. Der darauffolgende Antrag, gestellt knapp ein Jahr später, hatte eine ähnliche rassistische Stoßrichtung: Kriminalisierung von Migranten und Asylsuchenden „aus bestimmten Kulturkreisen, vor allem aus islamischen Gesellschaften“ verbunden mit der Forderung nach einer drastischen Verschärfung des Asylrechts.

Geschichtsrevisionismus und Antisemitismus

Die Aktivitäten der AfD in Köln beschränken sich v.a. auf die Organisation von wenigen Infoabenden und parteiinternen Stammtischen. Zu einem solchen Stammtisch lud die AfD Köln-Nippes im August 2016 den wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU-Bundestagsfraktion ausgeschlossenen Martin Hohmann ein. Sein Vortrag galt dem Thema „Der deutsche Schuldkomplex – Auswirkungen auf die Politik der Altparteien“ und beinhaltete zweifelhafte Ausführungen zur Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert, die im Wesentlichen darauf hinausliefen, die deutsche Schuld am

Holocaust und den Kriegsverbrechen zu relativieren. Immer wieder verwendete er die in der extremen Rechten geläufigen Begriffe wie „Siegerjustiz“ und „Schuldskult“. Dieser sei in Deutschland eine „zivile Ersatzreligion“, die die Meinungsfreiheit bedrohe – ein verklausulierter Angriff auf den Straftatbestand der Holocaustleugnung? Unter großen Applaus ließ er seine Rede mit den Worten enden: „Die Wahrheit wird uns frei machen, hoffentlich auch von Angela Merkel.“ Inhaltlich hat sich die AfD Köln mit dieser Veranstaltung in einen

Zusammenhang mit den geschichtspolitischen Vorstößen der extremen Rechten gestellt.



Seitdem mit Roland Quinten ein dezidiert Vertreter des Rechtsaußen-Flügels die Führung über den AfD-Kreisverband übernommen hat, schlägt dieser deutlich rechttere Töne an. Ein mit „Deutschland erwache“ überschriebener Tweet des AfD-Fraktionsmitglied Hendrik Rottmann macht dabei in eindrücklicher Weise deutlich, wes Geistes Kind große Teile der

AfD sind. Die Losung „Deutschland Erwache!“ war einst Teil des Fahnenkults der SA, die Verwendung verstößt heute

gegen § 86 StGB und stellt eine Straftat dar. In eine ähnliche Kerbe schlägt auch ein Tweet des Kreisverbandes der AfD Köln, der als Reaktion auf die Kritik an Björn Höckes empörenden Äußerungen an der deutschen Gedenkpolitik verstanden werden kann. Unter der Überschrift „Den Toten zur Ehr, den Lebenden zu Mahnung“ postete er dort Bilder eines „Gedenkmarsches für die Opfer der ober-schlesischen Tragödie“ der revisionistischen *Bewegung für die Autonomie Schlesiens*. Die Stoßrichtung hierbei ist klar: Relativierung der nationalsozialistischen Verbrechen und Verleugnung der deutschen Verantwortung für den Holocaust. Wie bereits die Rede Martin Hohmanns in Köln-Nippes gezeigt hat, betreibt die AfD Köln damit eine klassische Täter/Opfer-Umkehr, die in extrem rechten und geschichtsrevisionistischen Kreisen gängige Praxis ist.



Vorsitzender der Jungen Alternative (JA) in Köln ist **Carlo Clemens** (*1989). Ab 2008 schrieb er regelmäßig für das Jugendmagazin *Blaue Narzisse* aus Chemnitz und die Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Beide sind feste Bestandteile des jungkonservativen Netzwerkes und wichtige Publikationsorgane der Neuen Rechten in Deutschland. 2009 nahm er an einer Aktion der maßgeblich von Götz Kubitschek initiierten *Konservativ-Subversiven-Aktion* in Frankfurt teil, die als deutsche Vorgängerorganisation der *Identitären Bewegung* gilt. Erste Erfahrungen in der konkreten Parteipolitik sammelte er durch ein Praktikum in der Fraktion der rechtspopulistischen *Freien Wähler* in Frankfurt. Anschließend zog er nach Köln, um dort ein Lehramtsstudium der Fächer Germanistik und Geschichte zu beginnen. In einem 2011 auf dem rechten Blog *Die Pickelhaube* erschienenen Interview bezieht er sich positiv auf die Ideen der rechtsextremen Konservativen Revolution der Weimarer Republik und zählt die beiden neurechten Ideologen, Armin Mohler und Karl-Heinz Weißmann, zu seinen „Lieblingsvordenkern“. Er ist im Vorstand der AfD Köln, Referent ihrer Ratsfraktionen in Köln und Aachen sowie Leiter des Kölner Hayek-Clubs.

Die *Junge Alternative* (JA) in Köln

Innerhalb der AfD-Parteistrukturen kommt ihrer Jugendorganisation *Junge Alternative* (JA) eine Radikalisierungsfunktion zu. Sie präsentiert sich einerseits als eine die Mutterpartei unterstützende Parteijugend, gibt sich jedoch andererseits rebellisch und fordert die Parteispitze durch radikale Positionierungen immer wieder heraus. Mediale Öffentlichkeit erlangte die JA bisher durch provokante Flyermotive, antifeministische Kampagnen, Veranstaltungen mit Mitgliedern rechtspopulistischer Parteien oder durch Affinität zum Milieu rechter Burschenschaften. Verbindungen ins burschenschaftliche Milieu gibt es auch in Köln. Die Adresse der *Sängerschaft Leopoldina Breslau zu Köln* fungierte bereits in den

Gründungstagen der JA als ihre Kontaktadresse. Mit ihren etwa 80 Mitgliedern ist Köln eine der Hochburgen der *Jungen Alternative* in NRW sowie eine wichtige Stütze des AfD-Parteiapparats, den sie in Köln regelmäßig bei Infoständen und Werbeaktionen unterstützt. Geführt wird der Verband von Carlo Clemens, der ideologisch zur *Neuen Rechten* gehört und sich selbst in die Tradition der „Konservativen Revolution“ setzt, einer extrem rechten Strömung der Weimarer Republik, die als geistiger Wegbereiter des Nationalsozialismus gilt. Aus Köln kommt auch der aktuelle Landes- und Bundesvorsitzende der Jungen Alternative, Sven Tritschler. Dieser ist aktuell Referent bei der Fraktion *Europa der Nationen und der Freiheit* im Europaparlament und arbeitet dort intensiv an der Vernetzung der europäischen extremen Rechten. Immer wieder postet er auf seinem Twitter-Account Bilder, die ihn mit prominenten Funktionären extrem rechter Parteien in Europa zeigen. Dabei scheut er nicht davor zurück, sich auch mit verurteilten Straftätern wie Mario Borghezio von der *Legha Nord* ablichten zu lassen.³ In seiner Funktion als Landesvorsitzender organisierte er im März 2014 gegen den Willen der

3 Mario Borghezio, der zum rechten Flügel der Lega Nord in Italien gehört, zündete im Jahr 2000 in Turin Zelte von Migrant*innen an, die unter einer Brücke schiefen und bekannte sich explizit zu den Zielen des norwegischen Rechtsterroristen Anders Breivik.



Rassistische Flashmob-Aktion der *Jungen Alternative* am 30. Juli 2016

damaligen AfD-Führung eine Veranstaltung mit dem umstrittenen Chef der rechtsextremen, britischen *UK Independence Party* (UKIP), Nigel Farage, im Kölner Maritim Hotel. Eine deutliche Kampfansage und klare Positionsbestimmung war es auch, dass er den Schriftsteller Akif Pirinçci nach dessen rassistischer Rede beim *Pegida*-Jahrestag 2015 in Dresden zu

einer Veranstaltung in Nordrhein-Westfalen einladen wollte.⁴ Tritschler und sein Landesverband solidarisierten sich nach dessen skandalösem Auftritt mit dem Schriftsteller und riefen zu einem Boykott von Amazon auf, als dort kurzzeitig Pirinçis Bücher aus dem Angebot genommen wurden. Die Mitglieder der *Jungen Alternative* in Köln treffen sich regelmäßig zu Stammtischen und veranstalten Ausflüge ins Kölner Umland. Dabei verfolgen die Wanderungen, Fußballturniere und Weihnachtsmarktbesuche neben dem Zweck der Vernetzung und des Austauschs auch den der gemeinschaftlichen Sinnstiftung. Die Stammtische in verschiedenen Brauhäusern und Gaststätten in Köln werden dabei meist von Vorträgen umrahmt. Häufig geht es hier um finanzpolitische Fragestellungen. Kein Wunder angesichts der personellen Verflechtungen zum bereits erwähnten Kölner *Hayek-Club*, der von Carlo Clemens und Mirko Wilde von der *Jungen Alternative* geleitet wird. Ihre provokanten Aktionsformen ähneln dabei mitunter denen der völkisch-rechtsextremen *Identitären Bewegung*. Im Juli 2016 fiel die JA durch eine besonders abstoßende Aktion auf. Etwa 20 Mitglieder zogen teilweise

vermummt mit Burka und Gesichtsmasken durch die Kölner Innenstadt. Dabei trugen sie Schilder mit Aufschriften wie „Allahu Akbar“, „Kein Terrorist ist illegal“ oder „Sharia statt Grundgesetz“. Eine Aktion, die an die dunkelsten Zeiten des Kölner Karnevals während des Nationalsozialismus erinnert, als Karnevalisten als „Juden“ kostümiert mit antisemitischen Karikaturen durch die Stadt zogen.

⁴ In Dresden sprach Akif Pirinçici vor tosendem Applaus von Politiker*innen als „Gauleiter gegen das eigene Volk“, die in Deutschland eine „Umvolkung“ vorantrieben. Flüchtlinge bezeichnete er als „Invasoren“, die „Ungläubige mit ihrem Moslemsaft vollpumpen“. Schließlich äußerte er sein Bedauern darüber, dass in Deutschland „KZs [...] ja leider derzeit außer Betrieb“ seien.

KÖLN
ALARM
GEGEN RECHTS

**Die Grenzen verlaufen
zwischen oben und unten!
Rassismus den Boden entziehen!**

Gemeinsam kämpfen: Für gut bezahlte Arbeit,
soziales und gleiche Rechte für Alle!

www.gesellschaftliche.org
www.socialismus.info

KEIN ZUG ZUR AFD

www.gegenrechts.koeln

KÖLN GEGEN RECHTS

Antifaschistisches Aktionsbündnis

KEINE BÜHNE DER AFD

NATIONALISMUS IST KEINE ALTERNATIVE

...was zu tun ist:

Informiert sein

Um der AfD argumentativ zu begegnen, sollten ihre Forderungen und Strategien bekannt sein. So können ideologische Verkürzungen, widersprüchliche Positionen und drohende Konsequenzen ihrer Politik deutlich gemacht werden. Auch das Wissen um personelle Strukturen und Netzwerke der AfD ist hilfreich hinsichtlich ihrer Verortung im Parteienspektrum.

Rechter Hetze widersprechen

Rassistische und Menschen herabwürdigende Äußerungen dürfen nicht unwidersprochen bleiben. Im Wahlkampf wird die AfD mit Infoständen präsent sein. Ignoriere sie nicht, sondern äußere deinen Protest. Sprich außerdem die Leute an, die sich dort aufhalten und informiere sie darüber, um was für eine Partei es sich handelt.

Der AfD keine Bühne bieten

Vertreter*innen der AfD sollte niemals eine Bühne geboten werden. Auch nicht, wenn es das Ziel ist, die Partei „zu entlarven“. Viele AfD-Funktionäre sind geschult im Umgang mit Kritik. Unterschätze dies nicht. Generell ist es kontraproduktiv, müßig und energiezehrend, sich an der AfD abzuarbeiten.

Das Hausrecht gebrauchen und Regeln durchsetzen

Kein Gastwirt muss seine Räume an rechte Hetzer vermieten. Sollte es dennoch einmal versehentlich geschehen sein, kann es hilfreich sein, vom Hausrecht Gebrauch zu machen. Auch bei öffentlichen Veranstaltungen an anderen Orten ist es möglich, bestimmte Personen oder Personenkreise bereits in der Einladung zur Veranstaltung

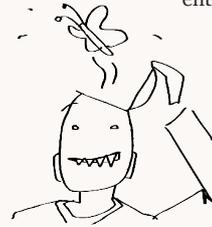
nach § 6 VersG von der Teilnahme auszuschließen. Teilnehmende, welche die Veranstaltung durch rassistische Äußerungen „gröblich stören“, können nach § 11 VersG durch die Veranstaltungsleitung ausgeschlossen werden.

Gemeinsam gegen die AfD

Organisiert euch! Gemeinsam macht der Protest mehr Spaß und ist wahrnehmbarer. Das kann mit Freund*innen und Kolleg*innen sein oder in größeren Zusammenhängen. In Köln gibt es mehrere antifaschistische und antirassistische Initiativen, Gruppen und Bündnisse, denen ihr euch anschließen könnt. Bei der Kampagne *Kein Veedel für Rassismus* (www.keinveedelfuerrassismus.de) kannst du dich in Stadtteilgruppen vernetzen, um mit anderen Menschen aus deinem Veedel deinen Widerspruch zu koordinieren.

Eine soziale und solidarische Alternative schaffen

Wir können gegen die Bedrohung durch Rechts nur erfolgreich sein, wenn wir der rassistischen, nationalistischen und sexistischen Politik der AfD unsere Ideen einer offenen und solidarischen Gesellschaft entgegenzusetzen. Wichtig ist, unsere eigenen Positionen und Haltungen zu reflektieren, gemeinsam Perspektiven zu entwickeln und Bündnisse zu schmieden. Wir müssen die soziale Frage offensiv beantworten und für soziale Gerechtigkeit, offene Grenzen, bezahlbaren Wohnraum sowie Bildung und bedingungslose Grundsicherung für alle Menschen eintreten. Es lohnt sich für eine Welt zu kämpfen, in der kein Platz ist für Rassismus und Nationalismus.



Jugendclub Courage Köln e.V.